

Familienunternehmer rügen die EZB

„Klare Leitplanken“ erhofft sich die Stiftung Familienunternehmen von dem bevorstehenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Rettungsversuchen von Politik und Europäischer Zentralbank (EZB) für den Euro. Die Haftungsrisiken für den Steuerzahler müssten auf ein tragbares Maß begrenzt werden, sagt Stiftungsvorstand Brun-Hagen Hennerkes. Dies will er mit dem Gutachten des früheren Bundesverfassungsrichters Udo Di Fabio untermauern. Die Familienunternehmen hätten zwar gut mit dem Euro gelebt, aber: „Es stimmt nicht, dass die deutschen Unternehmen überproportional vom Euro profitiert hätten.“ Die Regierung müsse regelmäßig Rechenschaft über die Gesamthöhe der Risiken aus Rettungsmaßnahmen, Liquiditätsschirmen und Targetsalden ablegen. Unternehmen und Bürger wollten zudem wissen, wann und wie sie diesen Euro-Rettungsprozess zu einem Ende bringt. Hennerkes stört sich zudem an Formulierungen wie „alternativlos“ oder „systemrelevant“: Einem Familienunternehmer sei jegliche

Haftung für Schulden zuwider, die ein Dritter mache und auf die er selbst keinen Einfluss habe.

Die Kritik richtet sich auch gegen Notenbankpräsident Mario Draghi. Mit ihren Anleihekäufen befördere die EZB auf lange Sicht schädliches Verhalten. „Sie nimmt überschuldeten Staaten die Verantwortung für ihre roten Zahlen ab und signalisiert den Banken, die in riskante Staatspapiere investieren, dass sie notfalls diese Risiken an den Steuerzahler weiterreichen können“, rügt Hennerkes. Eine „Sondermülldeponie“ für die schlechten Risiken sorgloser Finanzminister und Banker gehöre aber nicht zu den Aufgaben der Zentralbank. Mit zunehmender Dauer dieser Niedrigzinspolitik würden die Risiken immer größer, die Bereitschaft zu tiefgreifenden Reformen sinke. Vom billigen Geld ließen sich Unternehmen zu falschen Investments verleiten. Schaden hätten auch und vor allem die Sparer, die für ihr Alter vorsorgen wollten. Sie erhielten kaum noch Zinsen. Steuern und Inflation entwerteten ihr Ersparnis. (jja.)